



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

FÜR EIN STARKES,
GERECHTES,
SOZIALES EUROPA

UNSERE ERFOLGE 2014 BIS 2019





Dietmar Köster



Tiemo Wölken



Joachim Schuster



Ulrike Rodust



Knut Fleckenstein



Iris Hoffmann



Bernd Lange



Gabriele Preuss



Jens Geier



Petra Kammerevert



Birgit Sippel



Arndt Kohn



Martina Werner



Norbert Neuser



Udo Bullmann



Jo Leinen



Susanne Melior



Sylvia-Yvonne Kaufmann



Arne Lietz



Constanze Krehl



Jakob von Weizsäcker



Kerstin Westphal



Ismail Ertug



Maria Noichl



Evelyne Gebhardt



Michael Detjen



Peter Simon

Wir 27 Abgeordnete der SPD vertreten Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern Deutschlands im Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für Europa – ein starkes, faires und soziales Europa.

In den vergangenen fünf Jahren wurden unsere gemeinsamen Überzeugungen besonders durch rechtskonservative Nationalisten außerhalb und innerhalb der Europäischen Union bedroht. Auf internationale Verträge und Absprachen konnten wir uns früher weitestgehend verlassen – heute ordnet unter anderem Donald Trump mit seiner "America first"-Denkweise Errungenschaften wie das Pariser Klimaabkommen nationalen Interessen unter.



Umso mehr brauchen wir ein starkes Europa, das solidarisch zusammensteht und Flagge zeigt für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir müssen den nationalen Egoismen von rechts den europäischen Mehrwert entgegensetzen. Eine funktionierende EU, die für ihre Bürgerinnen und Bürger arbeitet, in die Zukunft investiert und gute Arbeit und faire Regeln für alle schafft – das ist unser Ziel. Die EU ist eine Erfolgsgeschichte, die wir weiterentwickeln wollen. Denn wir brauchen Europa.

Herausforderungen wie der Klimawandel, globale Finanzkrisen oder die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich leichter in Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten angehen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit der Europawahl 2014 – trotz einer konservativen Mehrheit im Europäischen Parlament – sozialdemokratische Erfolge in der Europäischen Union errungen. Aber wir wollen natürlich mehr: Um die EU nach unseren Vorstellungen zu gestalten, braucht es auch künftig eine starke Sozialdemokratie – für mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Wachstum und Wohlstand.

Was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erreichen und für Europäerinnen und Europäer verbessern konnten, zeigen die folgenden Seiten.

Ihr Europaabgeordneter

Jens Geier





WIR 27 – FÜR EIN STARKES, FAIRES UND SOZIALES EUROPA.

Mit unseren sozialdemokratischen Überzeugungen sind wir SPD-Abgeordnete und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht allein im Europäischen Parlament – die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besteht aus 187 Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedstaaten. Mit unseren Freundinnen und Freunden von Polen bis Portugal und von Schweden bis Malta sind wir die zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Ob Verbraucherschutz, Außenpolitik oder Verkehr – Mitglieder unserer Fraktion sind in allen 20 ständigen Ausschüssen des Parlaments vertreten. Dort werden Gesetzestexte beraten, die für die gesamte Europäische Union verhandelt werden. Bevor es zur einer finalen Abstimmung kommt, muss in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat eine Einigung gefunden werden. So entstehen Regeln, die unser aller Zusammenleben und unsere gemeinsame Wirtschaft in 28 Mitgliedstaaten gestalten.

Seit den Europawahlen im Jahr 2014 sind wir SPD-Abgeordneten in unseren Heimatwahlkreisen, in Straßburg, Brüssel und darüber hinaus unterwegs, um unser Europa besser zu machen. Gerne und oft empfangen wir Besucherinnen und Besucher und zeigen vor Ort, wie unser Arbeitsalltag aussieht, wie die Sprachenvielfalt mit vier verschiedenen Amtssprachen gelebt wird und wie wichtig und faszinierend zugleich die europäische Zusammenarbeit sein kann.

GUTE ARBEIT IN EUROPA

Gute und faire Arbeit in ganz Europa ermöglichen und das Leben der Menschen spürbar verbessern – dafür machen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stark.

Staatsgrenzen sind für Bürgerinnen und Bürger in Europa kein Hindernis. Sie dürfen in allen EU-Mitgliedstaaten arbeiten oder von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern entsendet werden – aber dabei müssen faire Regeln gelten. Wer am gleichen Ort die gleiche Arbeit verrichtet, soll auch den gleichen Lohn bekommen wie die heimischen Kolleginnen und Kollegen. Lohn- und Sozialdumping in der EU sind inakzeptabel.

Gegen den Widerstand der Konservativen und Wirtschaftsliberalen haben wir das Prinzip „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort**“ erfolgreich eingeführt und das Untergraben von Arbeits-, Sozial- und Tarifstandards drastisch eingedämmt. Fair wirtschaftende Unternehmerinnen und Unternehmer in Europa müssen jetzt nicht mehr die Konzerne fürchten, die Entsandte aus anderen europäischen Staaten zu Dumpingpreisen anstellen. **Damit Frauen auch endlich fair bezahlt werden**, haben wir auf einen europaweiten Aktionsplan zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohnunterschieds hingewirkt.

Unfair ist, wenn Menschen durch prekäre Jobs in die Erwerbs- und Altersarmut gedrängt werden. Wir haben erreicht, dass Nullstundenverträge, bei denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur auf Abruf arbeiten können, abgeschafft werden. Einheitliche Standards, auch bei der Probezeit, sollen für alle Europäerinnen und Europäer gelten.



Fair ist, wenn Jugendliche in Europa, egal wo sie leben, **gute Chancen auf eine Aus- und Weiterbildung** haben. Wir haben uns deshalb für die Weiterfinanzierung und nachhaltige Umsetzung der **Jugendgarantie** eingesetzt. Diese Beschäftigungsinitiative hilft dabei, dass Jugendliche in europäischen Mitgliedstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit schnell in Ausbildungsplätze und Jobs vermittelt werden.

Für gute Arbeit von Finnland bis Portugal brauchen wir ein soziales Europa. Der Beschluss der sogenannten Europäischen Säule sozialer Rechte ist ein großer Fortschritt der vergangenen fünf Jahre – die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist dabei eine zentrale sozialdemokratische Forderung, die wir auf die Agenda gesetzt haben. Soziale Rechte wie **Elternzeit, bezahlte Vaterschaftszeit und Arbeitsbefreiung für pflegende Angehörige** müssen überall in Europa gestärkt werden.

Mit den 20 Grundprinzipien der Säule sozialer Rechte **bekannt sich Europa zu starken Sozialsystemen und fairen Arbeitsbedingungen**. Erstmals haben sich im Jahr 2017 alle drei EU-Institutionen und die 28 EU-Regierungschefs zu einem sozialen Europa bekannt, in dem Lohn- und Sozialdumping keinen Platz haben dürfen. Mit diesem Bekenntnis haben wir für ein Umdenken an der Spitze der Europäischen Union gesorgt. Unsere Position im Europäischen Parlament ist eindeutig. Es liegt nun in der Hand der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, konkrete Sozialgesetzgebung umzusetzen und so einen echten Neustart für ein soziales Europa einzuleiten.



MITREDEN UND DEMOKRATIE STÄRKEN



Unser Europa baut auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns seit je her für stärkere Transparenz der EU-Institutionen sowie für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ein.

Um die Europawahlen in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen, stehen wir hinter der Idee, dass sich die europäischen Parteien auf **Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten** für das Amt des Präsidenten oder der Präsidentin der Europäischen Kommission festlegen. Wir wollen, dass die Wählerinnen und Wähler in Europa selbst darüber entscheiden können, wer die Politik der EU maßgeblich bestimmt – und nicht die Staats- und Regierungschefs in ihren Hinterzimmern.

Wir machen uns stark, dass auch jenseits von Wahlen mehr Europäerinnen und Europäer mitreden und Gehör finden. Die **Europäische Bürgerinitiative** ist dafür eine der wichtigsten Errungenschaften für Beteiligung auf europäischer Ebene. Zu lange war die Bürgerinitiative jedoch von komplizierten Anforderungen und Bürokratie geprägt. Wir haben erreicht, dass sie bürgerfreundlicher und unbürokratisch nutzbar ist. Eine unserer Kernforderungen bei der Reform war, dass sich in Zukunft auch junge Menschen ab 16 Jahren an einer Initiative beteiligen können. Mit neuen **Regeln für europäische Parteien** sind wir gegen den Missbrauch von Steuergeldern vorgegangen und haben die Parteienfinanzierung transparenter gestaltet.

Leider sehen wir in Europa nicht nur Fortschritte, sondern auch Rückschritte, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt. Für diese Fälle enthalten die Europäischen Verträge ein **Rechtsstaatlichkeitsverfahren**, das nach einer Verwarnung des betroffenen Mitgliedstaats Sanktionen bis hin zum Entzug des Stimmrechts im Rat vorsieht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ziehen den Dialog der Konfrontation vor. Ange-

sichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Ungarn und Polen war ein Eingreifen der Union aber unumgänglich. Es geht um die Verteidigung der Fundamente der Europäischen Union und ein klares Bekenntnis zu europäischen Werten wie Meinungs- und Pressefreiheit. Es geht um den Schutz von Minderheiten und eine unabhängige Justiz. Auch die Rückschritte im Bereich der Frauenrechte und Gleichstellungspolitik beobachten wir mit großer Sorge. Mit unserer Unterstützung hat das Europäische Parlament im September 2018 deshalb ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen das von CSU-Freund Viktor Orbán regierte Ungarn auf den Weg gebracht – ein Novum in der Geschichte der EU. Wir unterstützen auch das Ende 2017 von der EU-Kommission eingeleitete Verfahren gegen Polen, wo Justizreformen der nationalkonservativen Regierung drohen, die Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung auszuhöhlen.

Ohne den Mut von Whistleblowern wären viele Korruptions- und Steuerhinterziehungsaffären nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Daher setzen wir uns mit Nachdruck **für einen europaweiten Schutz von Hinweisgebern** ein, die im öffentlichen Interesse handeln.

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu unseren Grundwerten, und für die Verbesserung der Rechte und Chancen von **Frauen und LGBTQI-Personen** (Personen, die nicht durch die Logik männlich-weiblich vertreten werden und sich davon in ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung unterscheiden) müssen wir uns stetig engagieren. An zahlreichen Stellen haben wir eine verbesserte Gleichstellung der Geschlechter gegen konservative Kräfte durchgesetzt. Wir haben außerdem erreichen können, dass die EU die sogenannte Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen gegen Gewalt unterzeichnet hat. Damit haben wir es mit einem einmaligen internationalen Vertrag möglich gemacht, dass Frauen europaweit einheitlich geschützt werden können und gegen diese strukturelle Gewalt vorgegangen wird.



GEMEINSAM SICHER LEBEN



Allein ist kein Land gegen internationale Herausforderungen wie organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität und Terrorismus, gewappnet.

Die Anschläge in Paris, London, Brüssel, Nizza, Berlin oder anderen europäischen Städten haben gezeigt, dass wir auf EU-Ebene Informationen besser austauschen müssen, ohne dafür Datenschutzstandards zu opfern. Immer wieder haben wir deswegen darauf gedrängt, dass die EU-Mitgliedstaaten in Brüssel gemeinsam beschlossene Instrumente zur europäischen Strafverfolgung auch umsetzen. Außerdem haben wir die europäische Polizei-Agentur Europol reformiert: Künftig wird die Behörde die EU-Mitgliedstaaten noch **besser bei der grenzüberschreitenden Strafverfolgung** unterstützen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns zudem für mehr parlamentarische Kontrolle und einen besseren Datenschutz der Arbeit von Europol eingesetzt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind zunehmend von Hackerangriffen betroffen. Diese richten sich nicht nur gegen das Militär, sondern auch gegen zivile Infrastruktur wie Stadtwerke, Krankenhäuser und private Haushalte. Europa muss sich besser und **gemeinsam gegen Cyberangriffe** aufstellen. Wir haben uns deshalb im Europaparlament für eine koordinierte europäische Antwort auf EU-weite Sicherheitsbedrohungen stark gemacht und mehr Mittel für die europäische Cyberagentur durchsetzen können.

Gemeinsame Forschung und gemeinsame Investitionen im Bereich der Rüstung sind notwendig für die europäische Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Wenn die europäischen Staaten hier besser zusammenarbeiten und ihre Rüstungsausgaben zusammenlegen, dämmt das die Rüstungsindustrie europaweit ein. Denn eins muss

klar sein: Eine Kooperation auf EU-Ebene darf niemals zu Aufrüstung führen! Wir stehen hinter einer verstärkten Abrüstung, insbesondere im Nuklearbereich.

Rüstungsgüter sind keine normalen Handelsgüter. Wir müssen darauf hinarbeiten, **Rüstungsexporte künftig europäisch zu regeln**. Dabei muss die Einhaltung der gemeinsamen Exportregeln von einem parlamentarischen Kontrollgremium mitüberwacht werden und es muss Möglichkeiten der Sanktionierung bei Verstößen geben. Bei der Finanzierung von Rüstungsforschung aus dem bestehenden EU-Haushalt fordern wir, das Europäische Parlament mit einzubeziehen. Außerdem setzen wir auf ein internationales Verbot von autonomen Waffen, die ohne jegliche menschliche Kontrolle funktionieren. Maschinen dürfen niemals über Leben und Tod entscheiden.

Im Oktober 2016 hat der Rat der Europäischen Union eine Strategie für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verabschiedet. Wir haben daraufhin unsere eigene Vision für europäische Sicherheit und Verteidigung erarbeitet und diese in den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments eingebracht.

Europäische Friedenspolitik, also Konfliktprävention und friedliche Konfliktlösung, soll auch in Zukunft die oberste Priorität der europäischen Außenpolitik sein. Zivile und entwicklungspolitische Mittel werden dabei weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Wir haben uns damit durchgesetzt, dass Gelder für Entwicklungshilfe nicht für militärische Zwecke ausgegeben werden dürfen.

FAIRE WIRTSCHAFT, STARKER EURO

IN EUROPA LEBEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN - DAFÜR BRAUCHEN WIR EINEN STARKEN WIRTSCHAFTSRAUM UND EINEN STARKEN EURO.

Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erhebliche Verbesserungen auf den Weg gebracht. Die **Bankenregulierung** ist heute strikter, und ihre Einhaltung wird europäisch überwacht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Europäische Bankenaufsicht besser durchgreifen kann und endlich den großen Banken mehr Eigenkapital und eine deutliche **Risikoreduzierung** abverlangt, so dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler besser geschützt sind. Versuche der Finanzlobby, die Regulierung für Großbanken und im Derivategeschäft abzuschwächen, jetzt, wo die Erinnerung an die Finanzkrise verblasst, haben wir erfolgreich abgeblockt. Wir haben uns mit unserer Position durchsetzen können und eine strengere Verschuldungsquote für Großbanken erreicht. Kleine Banken, wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen, bilden einen wichtigen und stabilisierenden Pfeiler im Bankensystem. Hier haben wir erreicht, dass diese einen weniger bürokratischen Aufwand stemmen müssen als Großbanken und somit leichter Kredite an die Bürgerinnen und Bürger und kleine und mittlere Unternehmen vergeben können.

Der Euro ist trotz alledem noch nicht krisenfest. Gegen schwere Schocks und Marktpanik ist die EU noch immer nicht ausreichend gewappnet. Um hier voran zu kommen, ist mehr Eigenverantwortung der einzelnen Staaten und mehr Solidarität als Gemeinschaft notwendig. Dazu gehört nach unseren Vorstellungen, dass hochverschuldete Länder ihre nationale Verschuldung nachhaltig abbauen, statt die vereinbarten Regeln zu brechen. Auch eine Art Eurozonenhaushalt, wie es das Europäische Parlament mit großer Mehrheit vorgeschlagen hat, ist für einen stabileren Euro notwendig. Wir setzen uns für eine europäische **Arbeitslosenrückversicherung** ein, um Europas Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit auch in schweren Krisen abzusichern.

Eine starke europäische Wirtschaft braucht **Investitionen**. Wir haben erreicht, dass der Europäische Investitionsfonds fortgeführt, aufgestockt und

verbessert wird. Mit weit über 300 Milliarden Euro dieses Fonds werden dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Innovation und eine moderne öffentliche Verwaltung in der gesamten EU auf den Weg gebracht.

Europäische Steuergelder fließen in unsere Regionen und machen dort nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich. Damit Straftaten zulasten des EU-Haushaltes europaweit ermittelt und angeklagt werden können, haben wir grünes Licht für die Europäische Staatsanwaltschaft gegeben.

Wer in Europa Geld verdient, muss hier auch entsprechend Steuern zahlen, um angemessen zur Finanzierung des Gemeinwohls beizutragen. Deshalb haben wir Steuervermeidung, Steuerflucht und Geldwäsche den Kampf angesagt. Auf Forderung der sozialdemokratischen Fraktion wurden hierzu drei Sonderausschüsse und ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Bilanz: Die jahrzehntelange Blockade der EU-Mitgliedstaaten wurde an vielen Stellen durchbrochen, Steuerschlupflöcher wurden geschlossen und Maßnahmen für mehr Transparenz auf den Weg gebracht. Es ist ungerecht, wenn vielerorts die Einkommenssteuer steigt, multinationale Unternehmen aber durch staatliche Vorteile ihrer Steuerpflicht entgehen können. Um dem entgegenzuwirken, wurde der Informationsaustausch zwischen Finanzbehörden EU-weit verbessert. Angaben zu den Eigentümern von Briefkastenfirmen müssen sogar in einem öffentlich zugänglichen Register hinterlegt werden. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern zudem seit Langem: Kein Steuerfreifahrtschein mehr für Google, Facebook und Co. Digitalunternehmen sollen endlich fair besteuert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dafür internationale und europäische Lösungen gefunden werden.

Die EU-Strukturfonds und ihre Investitionen schaffen überall in der EU Jobs und helfen, vor Ort Herausforderungen wie den Klimawandel, den demographischen Wandel oder die Flüchtlingsintegration anzugehen. **Damit EU-Gelder effektiver in Investitionen in Stadt und Land fließen** und unsere Regionen zukunftsfest machen, haben wir uns energisch für Bürokratieabbau eingesetzt. Künftig können Gelder aus EU-Fonds viel einfacher beantragt werden.

FLUCHT UND MIGRATION – SOLIDARISCH MITEINANDER



Flucht und Vertreibung sind ein globales Phänomen, das Nationalstaaten nur in Zusammenarbeit sinnvoll angehen können. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein solidarisches Europa, das denen Schutz bietet, die auf der Flucht vor Vertreibung und Krieg sind, und legale Einwanderungswege für Migrantinnen und Migranten bietet.** Konservative und nationalistische Regierungen, die Flüchtlingsboote und Seenotrettung kriminalisieren und an unseren Küsten abweisen, missachten unsere Werte und die globale Verantwortung Europas.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die europäische Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex reformiert wurde, um die EU-Mitgliedstaaten explizit bei Such- und Rettungsaktionen zu unterstützen.

Wenngleich sich die meisten Flüchtlinge in Staaten außerhalb Europas aufhalten, muss auch Europa dazu beitragen, das Recht auf Schutz vor Verfolgung und unmenschlicher Behandlung durchzusetzen. Dabei hat uns die Flüchtlingsbewegung im Sommer 2015 und den darauffolgenden Monaten deutlich vor Augen geführt, dass das bisherige EU-Asylsystem überholt ist und einzelne Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen und der Aufnahme von Flüchtlingen alleine lässt. Auf Drängen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat das Europäische Parlament eine klare Position für eine grundsätzliche Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verabschiedet. Außerdem haben wir eine Reform verabschiedet, die das **Ziel der gemeinsamen Verantwortung** für Flüchtlinge in allen EU-Mitgliedsstaaten verfolgt. Geflüchtete müssen gerecht auf die verschiedenen EU-Staaten verteilt werden.

Die EU braucht außerdem ein einheitliches Asylverfahren in jedem Mitgliedstaat, so dass Geflüchtete überall gleich behandelt werden und dieselben Verfahren durchlaufen. Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten haben uns deshalb für die Einrichtung einer Europäischen Asylagentur eingesetzt.

Wir treten darüber hinaus für eine **internationale Politik der Krisenprävention**, der eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung demokratischer Strukturen ein. Menschen fliehen vor Krieg, aber auch vor Perspektivlosigkeit. Um unsere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu verbessern, sind wir für eine stärkere Afrika-Politik der EU eingetreten, damit Menschen lebenswürdige Bedingungen, auch in ihrer Heimat, vorfinden.

Für eine menschenwürdige europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik müssen die EU-Mitgliedstaaten nun endlich Verantwortung übernehmen.





FRIEDEN SCHÜTZEN, FAIR HANDELN



Europa ist eine Friedensmacht in einer globalisierten Welt. Friedensmissionen, Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Hilfe beim Aufbau und der Festigung junger Demokratien zählen zur globalen Verantwortung Europas.

Ungerechtigkeit in Form von Ausbeutung oder Kinderarbeit begegnet uns auch in Europa – zum Beispiel, wenn wir Kleidung kaufen, die Näherinnen und Näher ohne jeglichen Arbeitsschutz und unter katastrophalen Bedingungen für Umwelt und Gesundheit hergestellt haben. Wir haben erreicht, dass das Thema **faire Lieferketten in der Textil- und Bekleidungsbranche** eine starke Aufmerksamkeit im Europäischen Parlament bekommen hat. In unseren Smartphones und vielen anderen elektronischen Geräten ist Wertvolles wie Gold, Tantal, Zinn oder Wolfram enthalten. Hinter der Gewinnung und Vermarktung dieser Rohstoffe verbergen sich häufig Kinderarbeit, Ausbeutung und gewaltsame Konflikte. Um das zu vermeiden, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine **verbindliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen** in der gesamten Lieferkette dieser Mineralien erstritten. Außerdem haben wir ein **Exportverbot von Folterinstrumenten** durchgesetzt. Für uns ist zudem klar, dass jedes EU-Handelsabkommen einen Beitrag zur **Umsetzung des internationalen Klimaabkommens** leisten muss. Diese Position haben wir im Europäischen Parlament durchsetzen können, und nur solche Abkommen darf es zukünftig geben. Besonders wichtig: Wir haben mehr Transparenz erreicht, das heißt konkret Zugang zu Verhandlungsdokumenten und eine starke öffentliche Beteiligung bei allen Handelsverhandlungen etabliert.

Handel muss auf hohen Standards und fairen Regeln basieren. Dazu haben wir zum einen die Verankerung grundsätzlicher **Arbeitnehmer-, Umwelt-**

und Menschenrechtsstandards in Handelsverträgen erstritten, zum Beispiel im Abkommen mit Kanada (CETA), zum anderen eine Debatte über eine bessere Durchsetzung angestoßen. Fairer Handel bedeutet auch fairer Wettbewerb. Auf Druck von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hin kann die EU im Handel mit Ländern wie zum Beispiel China wirksamer gegen Dumping vorgehen und dabei erstmals weltweit auch die Einhaltung von Arbeitsrechten und Umweltstandards als Kriterien geltend machen.

In Streitfällen zwischen Staaten und Investoren haben wir den mangelhaften und intransparenten privaten Schiedsstellen ein Ende gesetzt. Statt privater Schiedsstellen haben wir Schiedsgerichte eingeführt, die einer öffentlichen Kontrolle unterliegen.

Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und seinem nationalistischen Bekenntnis zur „America First“-Politik wird deutlich, dass die EU selbstbewusster und selbständiger als bisher innerhalb der transatlantischen Partnerschaft handeln muss. **Deshalb kommt es jetzt besonders darauf an, dass die progressiven Kräfte in Europa und in anderen Teilen der Welt eng zusammenarbeiten.** In der Beziehung zum Iran halten wir und die EU insgesamt an dem ausgehandelten Atomabkommen fest. Denn nur so können wir Vertrauen weiter aufbauen, ein atomares Wettrüsten in der Region verhindern und Sicherheit in Europa gewährleisten. Zum afrikanischen Kontinent braucht die EU eine Politik auf Augenhöhe. Unsere langjährigen Beziehungen mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern haben wir erfolgreich stärken können.

ONLINE – SICHER UND GRENZENLOS



Unser Europa steht für einen **starken Datenschutz und eine hohe Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Netz.**

Der Handel mit Daten ist ein erfolgreiches Geschäftsmodell vieler Unternehmen geworden – **Mitspracherecht für Bürgerinnen und Bürger und Information darüber, was mit den eigenen Daten passiert**, gab es bisher kaum. Das haben wir geändert: Seit Mai 2018 findet die Europäische Datenschutzgrundverordnung Anwendung. Sie ist ein Meilenstein des digitalen Grundrechtsschutzes und stärkt die Rechte von Nutzerinnen und Nutzern, für mehr Kontrolle des Einzelnen über seine Daten.

Nicht zuletzt der Facebook-Skandal um Cambridge Analytica unterstreicht die großen Gefahren, die sich aus dem Missbrauch von Daten ergeben können – für den Einzelnen, und für die Demokratie als Ganzes. Dank der Datenschutzgrundverordnung könnten solche Verstöße heute mit bis zu 20 Millionen Euro oder bis zu vier Prozent des Jahresumsatzes geahndet werden.

Die Datenschutzgrundverordnung allein wird jedoch nicht reichen: Unter sozialdemokratischer Federführung hat das EU-Parlament in dieser Legislaturperiode eine ambitionierte Vision für die sogenannte ePrivacy-Verordnung zum **Schutz von Kommunikation und Privatsphäre** im 21. Jahrhundert entworfen. Diese enthält unter anderem Vorschläge zum besseren Schutz vor Verfolgung im Internet, etwa über sogenannte Cookies. Zudem brauchen wir dringend einen besseren Schutz gegen Targeting, der zielgerichteten Ansprache und Manipulation von Menschen im Netz. Es ist wichtig, dass auch die EU-Mitgliedstaaten für einen besseren

Schutz der Privatsphäre online eintreten. Außerdem müssen Internet-Plattformen transparenter werden, etwa im Hinblick darauf, wer politische Anzeigen bezahlt.

Im digitalen Zeitalter muss auch unser europäischer Binnenmarkt durch einheitliche Regeln für die Internetwirtschaft und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher fit gemacht werden. Erfolgreich einführen konnten wir „**Wifi4EU**“: damit fördern wir **freien WLAN-Zugang auf öffentlichen Plätzen europaweit**. Den Verbraucherschutz haben wir zudem bei nur scheinbar kostenlosen digitalen Produkten gestärkt, wie Apps oder Cloud-Diensten, bei deren Nutzung wir im Austausch unsere personenbezogenen Daten preisgeben.

Urheberrechte müssen auch online gelten, bei Videos, Texten und Musik, die wir im Internet konsumieren und teilen. Wir haben die existierenden Regeln an die digitalen Bedingungen der Gegenwart und Zukunft angepasst und dabei die Rechte von Kreativen gestärkt.

Das bezahlte Video-Abo kann seit April 2018 auch im Urlaub in Spanien oder Frankreich abgerufen werden – grenzenlos, ohne blockierte Websites. Bislang verhinderte Geoblocking nicht selten einen grenzüberschreitenden Zugriff auf diese Dienste. Endlich können Verbraucherinnen und Verbraucher die Filme und Serien, für die sie bezahlt haben, auch in ganz Europa anschauen.

EINSATZ FÜR GUTES KLIMA UND EINE SAUBERE, INTAKTE UMWELT

EIN EUROPA, DAS SEIN KLIMA SCHÜTZT. DAFÜR SIND SAUBERE MOBILITÄT, ENERGIE UND LANDWIRTSCHAFT UNVERZICHTBAR.

Europa ist nur gemeinsam stark. **Wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll, dann schaffen das einzelne Staaten nicht allein.** Deswegen fordern wir eine Verstärkung der Klimadiplomatie: mehr Diplomatinen und Diplomaten und mehr Klimaschutzprojekte. Bei den Vereinten Nationen ist die EU mit einer Delegation vertreten. Wir Europäerinnen und Europäer setzen uns bei den Weltklimakonferenzen für die Ziele des Pariser Klimaabkommens ein.

Direkt nach der Wahl im Mai 2014 haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine europäische Energiewende und ehrgeizige Ziele zur Minderung von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 gefordert. Gegen konservative Blockaden konnten wir eine stärkere Förderung von **erneuerbaren Energien** bei der Energieerzeugung in Europa durchsetzen. Wir haben Maßnahmen sichergestellt, um die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher zu senken – bei den Strompreisen sowie beim Energieverbrauch von Haushaltsgeräten, wo wir klare Regeln für die Verbrauchsangaben durchgesetzt haben, die den Menschen mehr Kontrolle über ihren Energieverbrauch geben. Strom und Wärme sollen für alle erschwinglich bleiben. Vor allem haben wir dafür gesorgt, dass die europäische Klima- und Energiepolitik auch Maßnahmen gegen Energiearmut vorsieht. Die europäische Energiewende darf nicht auf dem Rücken der Haushalte stattfinden, die ohnehin bereits unter ihren Stromkosten leiden.

Wir haben erreicht, dass der europäische CO₂-Handel reformiert wurde. Bisher befanden sich übermäßig viele Emissionszertifikate auf dem Markt, und der Preis war niedrig. Das gewünschte Einzahlen für den Klimaschutz und der Anreiz zu einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes blieben aus. Das wird sich durch die Reform nun ändern. Die Gefahr für industrielle Arbeitsplätze haben wir dabei eingedämmt.

Saubere Luft in unseren Städten. Wir haben uns erfolgreich für niedrigere Grenzwerte für Luftschadstoffe eingesetzt, um Feinstaub und Stickoxide zu begrenzen und die Gesundheit der Menschen zu schützen. In einem Untersuchungsausschuss haben wir zur Aufklärung des Abgasskandals beigetragen. Saubere Luft geht Hand in Hand mit einer drastischen Reduzierung von CO₂. Wir haben diese Position mit ganzer Kraft erfolgreich im Europäischen Parlament durchgesetzt und halten entschlossen an diesem Ziel fest: 40 Prozent

weniger CO₂ bei Neuwagen bis 2030. Andere politische Kräfte haben versucht, Klimaschutz und die Interessen von Beschäftigten in der Industrie gegeneinander auszuspielen. Die Europa-SPD macht sich für eine **saubere Mobilität unter Sicherung guter Arbeitsplätze** in Deutschland und Europa stark. Dafür werden auch eine funktionierende Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, zum Beispiel Ladestationen für E-Autos oder Wasserstofftankstellen, und mehr emissionsarme Fahrzeuge im öffentlichen Nahverkehr benötigt. Europa muss darüber hinaus eine europäische Batteriezellenindustrie aufbauen, um nicht von chinesischen Batterien für Elektrofahrzeuge abhängig zu sein. Für diese Positionen haben wir eine Mehrheit hinter uns versammeln können. Auch die europäische Bahnindustrie steht zunehmend unter Konkurrenzdruck aus China. Auf unsere Initiative hin hat die EU-Kommission erstmals ein Forum zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bahnindustrie errichtet, damit saubere Mobilität auf der Schiene auch weiterhin europäische Arbeitsplätze fördert.

Für den **Schutz unserer Umwelt und Meere** müssen wir die zunehmende **Plastikflut** reduzieren. Wir haben erreicht, dass Wegwerfartikel wie Strohhalme, Besteck und Teller aus Plastik in Zukunft durch bessere Alternativen ersetzt werden. Durch die Reform der EU-Abfallgesetzgebung konnten wir höhere Recyclingquoten für Verpackungen durchsetzen. Das nutzt nicht nur der Umwelt, sondern bringt auch neue Jobs. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass weniger Plastikmüll und andere Abfälle von Schiffen, wie beispielsweise Paraffin, im Meer landen.

Managementpläne beispielsweise für die Nord- und Ostsee stellen dank unseres Einsatzes sicher, dass vor unseren Küsten nach strengen Regeln ökologisch verträglich gefischt wird. Wir haben erfolgreich für bessere Fischerei-Abkommen gestritten und für den Aufbau einer nachhaltigen Fischerei, auch außerhalb Europas. So haben wir dazu beigetragen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Menschen in ihren Heimatländern wirtschaftliche Perspektiven zu bieten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben hart für die Gründung eines Sonderausschusses zum Genehmigungsverfahren für Pestizide gekämpft. Das war wichtig, denn der Streit um die Wiedertzulassung des Wirkstoffs Glyphosat hat deutlich gemacht, dass es bei dem Genehmigungsverfahren für Pestizide in der Europäischen Union großen Verbesserungsbedarf gibt. Unser Ziel ist ein transparentes und unabhängiges Verfahren, dass Menschen, Tiere und Umwelt besser schützt. Wir wollen den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Glyphosatnutzung.



EUROPAWEIT LERNEN, KULTUR STÄRKEN



Ein Europa, das Chancen für alle schafft – das ist uns ein großes Anliegen.

Bis heute hat das EU-Bildungsprogramm Erasmus Millionen vor allem jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit gegeben, einen Lernaufenthalt im Ausland zu verbringen, eine andere europäische Kultur zu entdecken, neue Menschen kennenzulernen sowie ihre Sprach- und Kommunikationskenntnisse zu verbessern. Erasmus ist eine der größten Erfolgsgeschichten der EU. Im Europäischen Parlament haben wir ein Erasmus-Programm gefordert, das durch einfache und transparente Bewerbungsverfahren einen breiteren Zugang ermöglicht - nicht nur junge Menschen aus Akademikerfamilien sollen von den Chancen eines Auslandsaufenthalts profitieren.

Ein inklusives und ausgebauter Erasmus-Programm, das noch mehr jungen Menschen Chancen bietet, braucht auch mehr Mittel. Die EU muss hier finanzielle Prioritäten setzen. Wir fordern eine Verdreifachung der Mittel für Erasmus – denn mit Investitionen für junge Menschen investieren wir in die Zukunft Europas.

Unser Europa ist solidarisch. Deshalb haben wir uns für ein **europäisches Solidaritätskorps** stark gemacht, das jungen Menschen einen Einsatz in sozialen Einrichtungen, im Wiederaufbau nach Naturkatastrophen oder demokratiefördernden Projekten in Europa ermöglicht. Seit 2017 können sich Jugendliche bereits auf Solidaritätsprojekte in Europa bewerben und prägende Erfahrungen sammeln.

Mobilität und europaweites Lernen muss insgesamt vereinfacht und verbessert werden. Eine Bildungszeit im Ausland schafft viele Chancen sowohl für den persönlichen als auch den beruflichen Lebensweg. Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende in der EU haben heute allerdings noch oft Schwierigkeiten, ihre bei Auslandsaufenthalten erlangten Bildungsabschlüsse und -leistungen im Heimatland angerechnet zu bekommen. Die automatische Anerkennung von Bildungsabschlüssen ist deshalb unsere zentrale Forderung an die nationalen Entscheidungsträger im Rat.

Für die **Schaffung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums**, der das erleichtert, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns in Brüssel und Straßburg ein.

Neben einer guten Aus- und Weiterbildung liegt uns auch die **Gesundheit von Europas Schülerinnen und Schülern** am Herzen. Wir haben durchgesetzt, dass die EU mit einem deutlichen höheren Budget die Verteilung von frischem, saisonalem und regionalem Schulobst und von Schulmilch unterstützt und Kinder somit eine ausgewogene und gesunde Ernährung im Klassenzimmer erhalten.

Europa und unsere verschiedenen Kulturen erfahrbar machen - wir sind überzeugt, dass wir so europäischen Zusammenhalt stärken. Die **Europäische Kulturagenda** und das Förderprogramm „Kreatives Europa“ schaffen hierfür die Voraussetzung. Kulturpolitik wird somit europäischer, und der Kreativsektor erhält eine direkte europäische Förderung.

EUROPA BEREISEN – RECHTSSICHER UNTERWEGS



Reisen in Europa – sicher und mit fairen Regeln: Wir setzen uns für Verbraucherrechte ein, denn innerhalb des europäischen Binnenmarkts müssen einheitliche Regeln für alle gelten.

Im Urlaub gönnt man sich gerne etwas. Ein Handytelefonat nach Hause war bisher oft Luxus, denn die Roaming-Gebühren ließen die Handkosten meist in die Höhe schießen. Damit ist seit Juni 2017 Schluss: **Roaming-Gebühren sind abgeschafft!** Die Aufschläge für Telefonate, SMS und Daten gibt es nicht mehr. Und: Telefonate in andere EU-Mitgliedsstaaten werden ab Mai 2019 deutlich billiger und auf 19 Cent pro Minute gedeckelt.

Die meisten Menschen buchen ihre Urlaubsreise über Reiseportale im Internet. Vielfach buchen die zukünftigen Reisenden dazu noch einen passenden Flug oder einen Mietwagen. Das hat das bisherige Reiserecht nicht berücksichtigt. Wir haben erreicht, dass bei der Buchung von Pauschalreisen, sowohl bei Online- als auch bei herkömmlichen Buchungen, einheitliche europäische Regeln gelten und Verbraucherinnen und Verbraucher besser abgesichert sind.

Wer mit dem Flugzeug reist, kann sich darauf verlassen, **dass europäische Arbeitnehmerstandards selbstverständlich für die Crew an Bord gelten.** Wir haben verhindert, dass Airlines noch umfassender als bisher Flugpersonal aus Drittstaaten einstellen, um europäische Arbeitsrechtsstandards und Tarifvereinbarungen zu unterlaufen. Ein scheinselfständiger Pilot und eine überarbeitete Besatzung - da fühlt sich niemand sicher. Deshalb haben wir strengere Regeln für Flugsicherheit und eine Überprüfung der Ar-

beitsbedingungen durch die EU-Agentur für Flugsicherheit durchgesetzt. Wer mit dem Auto in Europa unterwegs ist, kann sich, die entsprechende Technik vorausgesetzt, seit März 2018 auf das **europaweite automatische Notrufsystem eCall** verlassen. Bei Unfällen beschleunigt eCall Rettungseinsätze dadurch, dass der Airbag-Sensor automatisch über das Mobilfunknetz die örtlich zuständige Notrufzentrale 112 informiert. So können durch eCall in der Europäischen Union viele Menschenleben gerettet werden.

Im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments kämpfen wir **für bessere Fahrgastrechte.** Viele Menschen kennen es – man hat ein teures Zugticket gekauft und kommt nicht zur geplanten Uhrzeit am Ziel an. Deshalb haben wir erfolgreich dafür gestritten, dass Entschädigungszahlungen bei Zugverspätungen verdoppelt werden: Bei zwei Stunden Verspätung soll es 100 Prozent des Fahrpreises zurück geben.







Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

MEHR INFORMATIONEN GIBT'S RUND UM DIE UHR IN UNSEREN ONLINE-AUFTRITTEN

Täglich informieren wir Sie auf unserer Website, bei Twitter und Facebook über unsere Arbeit. Dort finden Sie unsere aktuellen Pressemitteilungen, unseren Newsletter, Positionspapiere und allerlei Neuigkeiten rund um unsere Europapolitik. Klicken Sie doch mal rein!

ONLINE

spd-europa.de
socialistsanddemocrats.eu/de
facebook.com/EuropaSPD
twitter.com/SPDEuropa



Herausgeber: Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament,
Jens Geier (Vorsitzender), Redaktion: Hannah Cornelsen, Jan Rößmann

Diese Broschüre finden Sie auch online unter
www.spd-europa.de